Lesen und dann weitergeben !

Cottbuser - blatt

Zeitung für Demokratie und Alltagssorgen

Nr. 57/58 | Juli / August 1996 | Bitte 1 DM

In dieser Ausgabe

Seite 4: Der Rechtsstaat und "ein bißchen schwanger"

Seite 5: Kerstin Kircheis zu Mieten und Wohnungsprivatisierung

Seite 6: Medien - Anspruch und Wirklichkeit

Seite 9: Vorschläge für den Stadtparteitag

Solidarisch und lautstark gegen das soziale Aus

Gegen das sogenannte Sparpaket, gegen Lohn- und Rentenkürzungen, gegen Abbau von ABM und steigende Gesundheitskosten wandten sich 350.000 Demonstranten in Bonn. Auch PDS-Mitglieder waren mit Transparenten und Ständen im Hofgarten dabei. Aus Cottbus kamen etwa 1000 Gewerkschafter, darunter zahlreiche PDS-Mitglieder. Erste Erfolge sind zu verzeichnen: Die Regierung wird sich nicht trauen, das Rentenalter für Frauen schon 1997 anzuheben.

Rechts: Demo auf dem Bonner Rathausplatz.
(Foto: Sperling)

23./24. August PDS-Sommerfest

Diesmal in Schmellwitz, Hutungstraße

Stimmung beim Sommerfest 95

23.08. Cubanischer Abend.
Spendet für Cuba!

24.08. Musik und Sport, Programm für Kinder und Zirkus

- Gespräche mit Abgeordneten

- Wolfhard Kupfer und Klaus Feldmann

Siehe auch Seite 2

Nächste Ausgabe mit Magazin Ströbitz

Wer Interessantes oder Kritisches aus diesem Stadtteil berichten will - Herzblatt erwartet Ihre Zuschriften bis zum 27. August 96.

Unsere Adresse:
Herzblatt, PDS-Stadtvorstand,
Breitscheid-Str. 11, 03046 Cottbus

Größenwahn?

In der letzten Juniwoche ließen zwei Meldungen im ORB-Fernsehen aufhorchen. In Cottbus soll von Steuergeldern ein neues Landesbehördenzentrum gebaut werden, das u.a. die Oberfinanzdirektion, die Landeskasse, die Bezügestelle unter einem Dach vereinen will. Hat man so reichlich Mittel? Vor allem wenn man bedenkt, daß die jetzt in diesen Bereichen tätigen Beamten und Angestellten nicht gerade auf der Straße sitzen, sondern in Cottbus in ganz ordentlichen, teilweise sanierten Gebäuden untergebracht sind. Ein Architekturwettbewerb wurde ausgeschrieben, das Modell des Preisträgers vorgestellt: ein Prachtbau. Kostenpunkt 86 Millionen DM, der Baubeginn ist allerdings noch nicht in Sicht.

In gleicher Sendung hörte man, daß das Land die Mittel für den Landstraßenbau 1997 auf etwa ein Viertel gegenüber 1995 reduzieren will, und das angesichts rasanter Verkehrsströme, die besonders die Bewohner kleiner Städte belasten. Umgehungsstraßen: ade! Zuerst hat der Staat wohl und warm zu sitzen.

In Berlin wird's vorgemacht!

argus

23. August abends und 24. August:

Auf zum 3. Sommerfest!

Diesmal in Schmellwitz, Freifläche Hutungstr. (Achtung! Beilage beachten!)

Auch im Jahr 1996 setzen wir die gute Tradition der Sommerfeste der PDS Cottbus fort. Der Auftakt zum 3. Sommerfest der PDS Cottbus erfolgt bereits am Freitag, dem 23. August 1996 um 19.30 Uhr im Schwimmbad Stromstraße mit einem "Cubanischen Abend" mit Vertretern der Cubanischen Botschaft, der AG "Cuba si", mit Künstlern aus diesem fernen, uns aber nahem Land, und mit Filmausschnitten über Cuba. Natürlich wird die Diskussion über die Entwicklung und die aktuelle Situation in dieser Region nicht zu kurz kommen.

Liebe Besucher! Bringen Sie Plüschtiere, Brillen und Büromaterial als Spenden mit; auch am Sonnabend. Am Samstag, dem 24. August 1996 wird neben Sport und Spiel, Kinderprogramm und Zirkus, kulturellen und kulinarischen Leckerbissen auch die Möglichkeit zur Diskussion mit Abgeordneten der PDS aus der Stadtverordnetenversammlung Cottbus, dem Landtag Brandenburg und der Bundestagsgruppe geboten.

Mit von der Partie sind unter anderem die Saspower-Dixiland-Stompers, Klaus Feldmann, die Indianistikgruppe Kathlow, Wolfhard Kupfer (ehemaliger Sportreporter des DFF), ehemalige Spitzensportler aus unserer Region, das Spielmobil "Paulchen", Hoch- und Kunstradfahrer, eine sorbische Kindertanzgruppe, eine Zauberschau, der Zirkus "Harlekin", die Kindertanzgruppe des Asylbewerberheimes und weitere Überraschungsgäste. Zum Abschluß des III. Sommerfestes der PDS Cottbus gestalten "Die Clogs", eine Gruppe aus dem Land Brandenburg, gemeinsam mit einer Diskothek, ab ca. 19.30 Uhr einen Tanzabend für Jung und Alt.

Am Sonnabend kann man auch zahlreiche Stände von Vereinen, Verbänden und Organisationen besuchen. Für das leibliche Wohl und ausreichend Sitzplätze sorgen in diesem Jahr die Firmen "Kamphenkel" und "Eis-Greschke" aus Cottbus!

Die Anreise mit öffentlichen Verkehrsmitteln erfolgt bis Marienstr. (Busbahnhof) und von dort mit Pendelverkehr ab Ecke Straße der Jugend/Parzellenstraße zum Strombad. Für Besucher mit Kfz wird die Asfaltt ausgeschildert. Es bestehen aber nur begrenzte Parkmöglichkeiten! Das genaue Programm wird rechtzeitig über die Basisorganisationen, Flugblätter, Plakate und die regionalen Medien veröffentlicht.

Den Termin 23./24. August 1996 also dick im Kalender anstreichen!!!

Lothar Hoffmann
Geschäftsführer

Bitte Beilage beachten

3. Seniorenwoche im September

Senioren aus Tschechien sollen kommen. Wer hilft mit Spenden?

"Für, mit und durch Senioren das Wohlbefinden verbessern. Alt werden im Land Brandenburg lohnt sich."

Unter diesem Motto findet vom 23. bis 29. September 96 die 3. Seniorenwoche des Landes Brandenburg statt. Erstmals wird ein Internationaler Tag organisiert. Wir, die AG Senioren, möchten eine eigene Veranstaltung durchführen und dazu Senioren aus Tschechien einladen. Dazu brauchen wir die Unterstützung der Mitglieder des Stadtverbandes, denn unsere Finanzen reichen nicht. Beim PDS-Sommerfest am 24. August veranstalten wir einen Kuchenbasar, einen Kleingärtner- und Flohmarkt. Wer hilft uns mit Spenden? Bitte Rückinformation bis 20.08.96 an den Stadtvorstand.

AG Senioren
Gisela Bergmann

NÖP 1996

"Hör zu", sagt der Arbeitskräftevermittlungschef - da er ein eingefuchster Demokrat ist, duzt er alle Mitarbeiter, nicht alle ihn - und macht Kollegen D. folgenden Vorschlag: "Der Bundeskanzler und der Blüm wollen, daß die Überstunden gesenkt werden. Sollen sie haben. Du aber stundest fleißig weiter über, schreibst die Stunden auf, aber abgerechnet wird ohne Lohnliste. Ich zahle cash. Wir sparen gemeinsam Ausgaben für die Lohnsteuer, die Kranken- und Pflegeversicherung, den Soli-Zuschlag, die Kirchensteuer ... - der Effekt aber ist da: Keine Überstunden mehr."

Da wird Waigel aber Augen machen! Weniger Geld in den Kassen, aber nicht weniger Arbeitslose... Gewitzt sein ist alles, jedes Gesetz läßt sich umgehen.

Gibt`s doch gar nicht, sagt da einer? Ich versichere: Es ist die persönliche Erfahrung eines Ossis, der schon geraume Zeit in den Altbundesländern als Leiharbeiter tätig ist.

G.Ma.

Aus dem Landtag

Zur Regierungserklärung von Herrn Stolpe vom 22. Mai

Der Ministerpräsident dankt allen Fusions-Ja-Sagern, weil sie das "Zukunftsprojekt Fusion" unterstützt haben. Vielleicht zeigten die Nein-Sager mehr Verantwortung für die Zukunft des Landes? Herr Stolpe will den besten Weg des Landes in die Zukunft sichern - mit Berlin.

Die Zusammenarbeit von Berlin und Brandenburg soll durch die Errichtung eines Koordinierungsrates organisiert werden, der ausschließlich aus Vertretern der Landesregierungen bestehen soll. Wo bleiben die Bürger? Wo bleiben die Parlamente?

Von seinem Wahlversprechen, die Arbeitslosigkeit auf 10 % zu senken, hat der Ministerpräsident sich am 22. Mai 19[illegible] verabschiedet. Die Senkung der Arbeitslosigkeit auf unter 10 % bleibe zwar das richtige Ziel, aber es sei unmöglich, es zu erreichen. "Um so mehr werden wir um jeden neuen Arbeitsplatz kämpfen", verspricht Herr Stolpe. Die aktuelle Haushaltslage heißt: 1,1 Mrd. DM Deckungslücke zwischen Einnahmen und Ausgaben. Gespart werden muß deshalb rigoros.

In seiner Erwiderung namens der PDS-Fraktion verlangt Lothar Bisky:

Von der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik darf sich die Regierung nicht verabschieden. Er fragt: "Wo ist Ihr Brandenburgischer Pakt für Arbeit geblieben?"

Alles zu tun für ein starkes und selbstgestaltetes Brandenburg - das verlangt: "Kommunen stärken, regionale Wirtschaftskreisläufe auf- und ausbauen, einheimische Betriebe fördern. Arbeitsplätze, Studienmöglichkeiten für Landeskinder schaffen, besondere Sorgfalt bei der Arbeitsvermittlung für brandenburger Berufsanfänger, Kultur und Identität hegen und pflegen..."

Mehr Bürgernähe und Demokratie sind notwendig. Ein Koordinierungsrat für die Zusammenarbeit mit Berlin ist der falsche Weg. Die PDS fordert deshalb eine Enquete-Kommission "Zukunft für Brandenburg" - d.h. die Einbeziehung von externem Sachverstand der Bürgerinnen und Bürger. Dieser Antrag wurde von SPD und CDU abgelehnt.

Kerstin Osten
PDS-Landtagsabgeordnete

Mit der Gewerkschaft in Bonn

Eine persönliche Nachbetrachtung von Gerhard Mahnhardt

15. Juni 1996. Hunderttausende hatten sich aufgemacht, um der Regierung unverblümt ihren Unwillen über den geplanten Sozialabbau zu zeigen. Unter ihnen auch ungefähr 7.000 Lausitzer. Zu bekannten Gesichtern kamen viele neue, vor allem mehr Frauen als bisher. Nach Überschreiten der noch existierenden "Tarifgrenze" empfingen uns am frühen Morgen in Nebel gehüllte Täler Hessens. Letztlich sorgte die Sonne für Klarheit.

Im Gespräch wurden vielfältige Gründe für die Teilnahme an der Fahrt genannt. Kollegin M. aus C., alleinstehend, zwei Kinder: "Die Regierung ist nicht die meine. Sie redet den Arbeitgebern das Wort. Uns Arbeitnehmern gibt sie keine Perspektive. Mich treibt die Sorge um die Kinder. Auf andere kann ich nicht warten. Jetzt muß ich selber handeln und Solidarität initiieren." Kollege F.K.: "Es wird ernst, da kann keiner abseits stehen. Es geht nicht mehr nur um Tarifsicherheit, sondern um den Erhalt des von uns erkämpften Sozialstaates."

Beeindruckend die Auftritte der Redner. Klar und unmißverständlich dabei auch die Meinung der Bischöfin: "Wir messen die Politik an dem, was sie den Menschen bringt." (Und was macht Bonn?)

Nach der Heimkehr hörte ich nicht selten die Frage: Na, was hat denn das Ganze nun gebracht? Hilft denn der Druck von unten? Ich sage: Ja! In Bonn beginnt man nachzudenken. Das Sparpaket soll korrigiert werden, wegen "rechtlicher Bedenken", z.B. zur Veränderung des Kündigungsschutzes, zur Kürzung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Verfassungsbedenken gibt es auch zur geplanten Anhebung des Rentenalters für Frauen. Gab`s diese Bedenken eigentlich vor dem Druck von unten? Übrigens: Die sogenannte "Straße" waren 350.000 quicklebendige, kluge, kampfbereite Menschen, Mann und Frau, jung und alt, Vertreter aller Parteien und vieler Vereinigungen.

Die Bischöfin forderte gemeinsame Anstrengungen, um das soziale Gleichgewicht zu erhalten; alle sind gefordert, gleich, ob schwarz, rot, gelb, grün oder ohne Farbe. Es gilt, über den Schatten eigener kleinlicher Interessen zu springen. Tun wir es!

Demonstranten auf dem Weg zum Hofgarten (Foto Sperling)

Klarstellung

Herr Schäuble will sich nicht dem "Druck der Straße" beugen
Wir aber sind weder Rowdys noch "die Straße"

Wir sind das Volk

Dr. Loeff, Cottbus

Bundesweiter Aktionstag

12. September

Auch in Cottbus

PDS gegen Sozialabbau

Zukunft Dienstmädchen?

Frauenpolitik kommentiert von Gundula Schmidt

Die Bundesregierung will den Sozialstaat auf Kosten von Frauen umbauen. Dies gilt vor allem für die beabsichtigte Heraufsetzung des Rentenalters und den Plan, die Erhöhung des Kindergeldes auszusetzen. Frauen ist der Zugang zum Arbeitsmarkt erheblich eingeschränkt, immer mehr werden sie auf ihre Rolle in der Familie reduziert. Die vielseitige Bereitschaft von Frauen, Familienverantwortung zu übernehmen, alte und kranke Menschen zu pflegen oder ehrenamtliche Dienste für die Gesellschaft zu leisten, wird gesellschaftlich mißachtet.

Die PDS, der Deutsche Frauenrat, Frauenpolitikerinnen und Gewerkschafterinnen haben Forderungen zur eigenständigen sozialen Sicherung von Frauen gegenüber der Bundesregierung erhoben, die meine volle Zustimmung erhalten. Hier nur einige Beispiele:

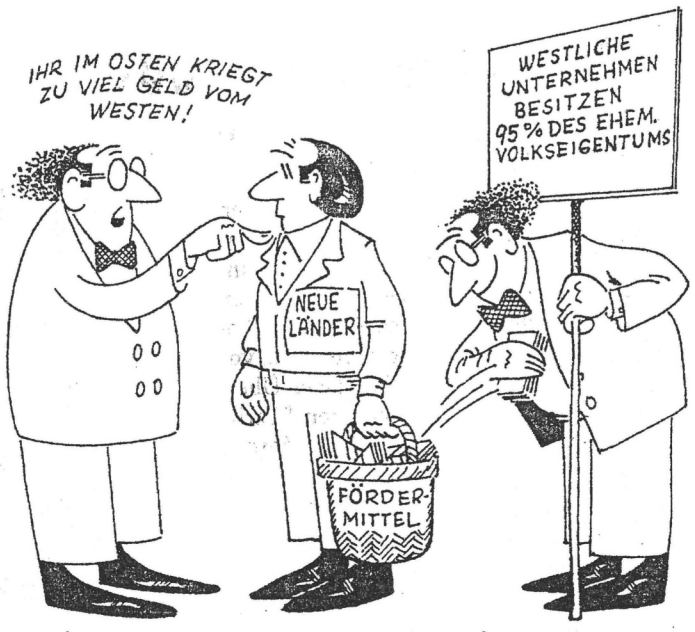
- gleichberechtigten Zugang für Frauen auf dem Arbeitsmarkt;
- jedes Arbeitsverhältnis muß grundsätzlich der Sozialversicherungspflicht unterliegen;
- die Rückkehrmöglichkeiten von Teilzeitarbeit in Vollzeitarbeit;
- Anerkennung von Kindererziehungszeiten u.a.m.

Der Bundesregierung fällt bei der Arbeitsmarktpolitik nicht mehr viel ein. Die einzige Initiative, um Arbeitsplätze für Frauen zu schaffen, unternimmt die Koalition im Bereich hauswirtschaftlicher Dienstleistungen. Dies ist ein eindeutiges Indiz, welchen Platz die herrschende konservative Politik Frauen in der Gesellschaft zuweist, wie sie traditionelles Rollenverhal-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Der Rechtsstaat und "ein bißchen schwanger"

Rentenstrafrecht immer noch Staatspraxis



Karikatur: Hänschen

In dieser deutschen Republik werden die Prinzipien eines Rechtsstaates mit Füßen getreten. - Gegenüber Ostdeutschland wird mit Siegerwillkür diktiert. - Seit Jahr und Tag werden von der Bundesregierung Verfassungsrechte gröblich mißachtet. Der bayrische Innenminister würde hinter diesen Worten sofort Umstürzler aus der PDS vermuten und erneut fordern, daß diese Verfassungsfeinde insgesamt unter strenge geheimdienstliche Observation gestellt werden. - Würde dann ein PDS-Abgeordneter im Bundestag auch nur annähernd scharfe Anschuldigungen formulieren, folgten mit Sicherheit Zurufe

Re(h)kapituliert

aus den Koalitionsreihen, die auf die Mitschuld der SED-Nachfolge-Partei am Unrechtsstaat DDR hinzielten. Das geschieht mit unschöner Regelmäßigkeit sogar dann, wenn der PDS-Abgeordnete selbst nie SED-Mitglied war und der Zwischenrufer von der Koalitionsbank persönlich mehr als zwei Jahrzehnte als willfähriges Mitglied der Block-CDU in der DDR angehörte und - sagen wir einmal - beispielsweise hauptamtlicher Wirtschaftssekretär eines Bezirksvorstandes war.

Mit Recht und Unrecht ist das eben so eine Sache. Dabei dominieren selten scharfsichtige Logik, viel öfter dagegen von Fraktionsdisziplin formierte blinde Mehrheiten.

Übrigens, um den bayrischen Innenminister und andere Verfassungsschützer nicht weiter zu beunruhigen: Die eingangs erwähnten Anwürfe gegen den bundesdeutschen Rechtsstaat stammen nicht aus dem Mund von Umstürzlern, die sich irgendwo im Untergrund zusammenrotten. Sie sind so unter anderem im amtlichen Protokoll des Deutschen Bundestages nachzulesen. Auf dessen 15. Sitzung am 26. Januar 1995 sagte dort der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Rudolf Dreßler: "... als ungelöstes Problem und als dauerhaften Mißstand schleppen wir nach wie vor das diskriminierende Rentenstrafrecht mit uns herum... Jede Vermischung von Strafrecht und Sozialrecht ist nach unserem Verständnis mit dem Rechtsstaat unvereinbar...". Daraus leitete Rudolf Dreßler die Forderung ab, "daß diejenigen, die in Ostdeutschland Ansprüche auf Leistungen aus einem Sonder- und Zusatzversorgungssystem der ehemaligen DDR erworben haben, nicht schlechter behandelt werden als jeder Mörder oder Dieb in Westdeutschland."

Darauf sei noch einmal verwiesen: Der das sagt, ist keiner, dem man Verfassungsfeindlichkeit anhängen könnte. Aber er gehört zu jenen im Bundestag, die mit zwingender Logik argumentieren, die auf hohle Polemik verzichten.

Da kann man als einer, der mit Rentenminderung bestraft wird, weil er mutmaßlich einem Unrechtsstaat gedient habe, schon ganz schön ins Grübeln kommen. Was selbst Rudolf Dreßler und andere als verfassungsfeindlich, gegen rechtsstaatliche Prinzipien verstoßend bezeichneten, ist bis zum heutigen Tag Staatspraxis. - Oder ist die Rentenbestrafung nach Dreßlerschen Reden, nach Kabinettsbeschlüssen und heißen Debatten etwa aufgehoben? Wo ist da der vielgepriesene Rechtsstaat zu entdecken, der jenem mutmaßlichen Unrechtsstaat so gern gegenübergestellt wird? Wird das zu Recht, weil nach dem CDU-Abgeordneten Engelmann (seit 1962 Mitglied der Block-CDU in der DDR) "nur 60.000" vom Rentenstrafrecht betroffen seien. Offiziell wird die Zahl übrigens viel höher beziffert. - Oder kann jene Formulierung der FDP-Fraktion besänftigen, die den Liberaldemokraten im Bundestag in ihrer Fraktionserklärung zum Rentenstrafrecht einfiel, wonach die Kappungsliste "im juristischen Sinne zwar keine Strafe sei und nach dem Willen des Gesetzgebers auch keine Strafe sein sollte, im Ergebnis von den Betroffenen aber als solche empfunden werde."

Seit Jahren ein bißchen Unrecht im Rechtsstaat - "nur" für einige zig Tausende? - Dagegen wird allgemein behauptet, daß es ein bißchen Schwangerschaft nicht gäbe! reh

Zukunft Dienstmädchen?

(Fortsetzung von Seite 3)

ten festigt. Als größtes Reservoir neuer Arbeitsplätze wurde der Privathaushalt entdeckt. Es wird von 500.000 sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen ausgegangen.

Ihre Initiative auf diesem Gebiet verkauft die Bundesregierung als arbeitsmarktpolitische Leistung und lenkt damit von ihrer Phantasielosigkeit ab bzw. sie vertuscht damit ihre zutiefst arbeitnehmer- und frauenfeindliche Politik. Gleichzeitig untersetzt die Koalition ihr Vorhaben, indem sie die steuerlichen Rahmenbedingungen für Arbeitgeber/innen in Privathaushalten verändert. So können sich Besserverdienende ein "Dienstmädchen" leisten und sogar noch steuerliche Vorteile genießen.

Diesen Weg, über Steuerabschreibungen Arbeitsplätze in Privathaushalten zu schaffen, kann von der PDS nur abgelehnt werden. Es kann sein, daß einige zehntausend Arbeitsplätze entstehen. Doch das rechtfertigt weder die weitere Verfestigung der traditionellen Arbeitsteilung zulasten von Frauen noch die Tatsache, daß diese Gesellschaft nicht geeignet ist, allen Bürgerinnen und Bürgern eine existenzsichernde ökonomische Basis zu gewährleisten.

Unsere Forderungen lauten daher: Wenn Erwerbs- und Reproduktionsarbeit vereinbar sein sollen, dann bedarf es einer radikalen Verkürzung der Arbeitszeit für Frauen und Männer, der Entwicklung eines bedarfsdeckenden und bezahlbaren Systems der Kinderbetreuung, der ökonomischen Absicherung von Erziehungsurlaub, um Frauen und Männern den Zugang zum Arbeitsmarkt zu erleichtern und vor allem Frauen von dem Zwang befreien, ungeschützte Beschäftigungsverhältnisse einzugehen, sowie der Abschaffung von ungeschützten Arbeitsverhältnissen.

Mieten und Verkaufsabsichten drücken vor allem Leute mit wenig Einkommen

Herzblatt befragte Kerstin Kircheis, Vorsitzende des Brandenburger Mieterbundes und PDS-Stadtverordnete in Cottbus

Viele Cottbuser Mieter sind beunruhigt. Wenn das Mietenüberleitungsgesetz ausläuft, befürchten sie weitere Belastungen. Zum anderen wurden die Wohnungen ganzer Straßenzüge von der GWC an die Privatisierungsgesellschaft Priveg und von der GWG an die Gesap verkauft. Insgesamt ungefähr 5.000. Ziel ist es, die Mieter und Genossenschafter zum Kauf ihrer Wohnungen zu bewegen, dann blieben die Einkommensbelastungen in Grenzen. Und Wohneigentum sei überhaupt das beste und sicherste, was man haben könne. Das sind jedenfalls die Argumente der Wohnungsverkäufer, die nun ganz im Sinne der Wohnungspolitik der Bundesregierung Wohnungen wie Waren handeln. Die Folgen eines Wohnungskaufs würden aber für viele Schulden auf Jahrzehnte hinaus sein, die neben den laufenden Betriebs- und Unterhaltskosten abzuzahlen sind. Für die meisten kaum akzeptabel.

Kerstin Kircheis, wie schätzen Sie die gegenwärtige Mietsituation ein? Sind die Cottbuser noch in der Lage, die finanziellen Belastungen zu tragen?

Bereits mit der 1. und 2. Grundmietenverordnung wurden im Wohnungsbestand kostendeckende Mieten erreicht. Dieses Mietenniveau entspricht - wie wir inzwischen aufgrund von Untersuchungen wissen - in ländlichen Bereichen durchaus den Mieten in den vergleichbaren räumlichen Bereichen in Westdeutschland.

Trotz der Grundmietenerhöhungen und der Erhebung von Beschaffenheitszuschlägen haben wir immer noch ein sehr einheitliches Niveau der Mieten. Mit dem Mietenüberleitungsgesetz wurde versucht, ausstattungsbezogene und regionale Differenzierungen zu schaffen. Diese bilden sicherlich noch nicht das Marktgeschehen ab, aber zumindest der Einstieg in die räumliche Differenzierung des Mietenniveaus ist erfolgt.

Die Einkommen der Bürger aber haben sich bereits stark auseinander entwickelt. Während viele Haushalte über ein oder mehrere Einkommen aus Erwerbstätigkeit verfügen, nimmt die Zahl der Haushalte, die ausschließlich auf Transfereinkommen angewiesen sind, ständig zu.

In der Folge liegen die Mietbelastungen von Beziehern mittlerer und guter Einkommen inzwischen z.T. sogar unter 15%, während ein Großteil der Haushalte mit geringem Einkommen über 25%, oft sogar über 30% des Einkommens für die Miete aufbringen muß. Diese Belastungen können durch das Wohngeld und auch durch das Sonderwohngeld kaum noch aufgefangen werden. So tragen auch die Mieten dazu bei, daß Haushalte Sozialhilfe und pauschaliertes Wohngeld beantragen müssen.

Unruhe in diesem Wohnblock in der Trattendorfer Straße, der verkauft wird. Steigen die Mieten? Muß man kaufen? Viele Fragen ohne ausreichende Antworten.

Was erwartet die Bürger, deren Wohnungen von GWC und GWG an die Priveg bzw. Gesap verkauft wurden?

Die GWC brauchte einen Beschluß der Stadtverordneten, um an die Priveg verkaufen zu können und bekam ihn prompt, mehrheitliche Unterstützung auch durch die PDS-Fraktion! Die GWG regelte den Verkauf an die Gesap in Absprache mit der Kreditanstalt für Wiederaufbau und intern.

Beide Privatisierer haben nach wie vor eine Privatisierungsauflage zu erfüllen und werden künftig verstärkte Anstrengungen darauf verwenden. Diese Wohnungen werden zuerst einer Komplettsanierung unterzogen und danach dem Mieter zum Kauf angeboten. Sollte der Mieter nicht kaufen, dann ist die Wohnung frei und kann an einen anderen Kaufwilligen veräußert werden. Der Erwerber tritt dann in den bestehenden Mietvertrag ein und kann erst nach Ablauf einer 10-jährigen Kündigungsschutzfrist Eigenbedarf anmelden.

Es wird sehr darauf ankommen, welche Investoren Anteile der Priveg und der Gesap erwerben. Ihre Vorstellungen werden nachhaltig den Weg bestimmen, den diese Unternehmen künftig beschreiten werden. Wenn sie auf schnellen Gewinn aus sind, dann sind die Mieter gut beraten, sich rechtzeitig über ihre Rechte zu informieren und diese auch durchzusetzen!

So sieht die Zunkunft für Nicht-Wohneigentümer aus: Auf dem Privat-Grundstück (hier Ernst-Bloch-Straße) Betreten unerwünscht, Parken nur für Eigentümer, Sünder werden abgeschleppt. Wehe, wenn du in dieser Wohnanlage mal jemanden besuchen willst! Begreife, Mieter: Du bist ein Mensch zweiter Klasse!

(Fotos: Friedrich Rudolph)

Anspruch und Wirklichkeit

Mit solchen Aufstellern (Foto unten) wirbt LR für sich. Und mit Beiträgen in dieser Reihenfolge (Repro rechts) vermittelt "Die Zeitung" am 25. Juni auf Seite 1 ihren Lesern "das Leben", "die Lausitz". Viel Erfolg auf dem Weg zum billigen Boulevard-Blatt!

Lausitzer Rundschau | 25. Juni 1996

Elsterwerda: Wilder Bulle tötete Bauern

Sogar mit 160 km/h durch die Baustelle

Konzentrierter Einsatz auf Bundesautobahn 15

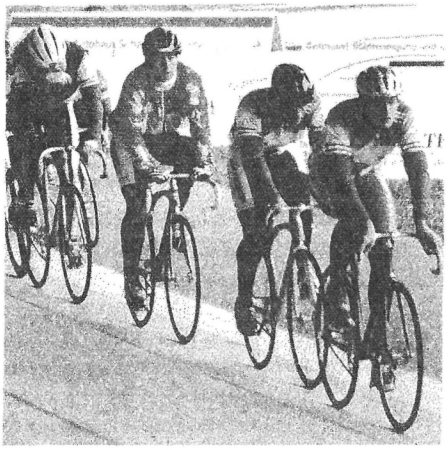
Neuer Streit um Renten

Konkurrenz vor Kompetenz

Ein spannender Sport-Sommer voller Höhepunkte steht vor der Tür: Fußball-EM in England, Radsport in der Region, das Schlagerspiel des FC Bayern gegen den FC Energie und ab dem 19. Juli die Olympischen Sommerspiele.

Seien Sie also mit dabei und lesen Sie hautnah, was beim Sport Sache ist. Die RUNDSCHAU zeigt Kompetenz und Engagement.

Hautnahe, kompetente und engagierte Sportberichte verspricht Chefredakteur Dieter Mauer in persönlichen Briefen an Nicht-Abonnenten (Ausschnitt oben), in denen er Kurzabos der Lausitzer Rundschau während des Sportsommers vom 1. Juni bis 10. August anbietet. Als Sport-Höhepunkt für die LR wird auch "Radsport in der Region" genannt. Vom 21.-23. Juni also Weltcup der Bahnradsportler in Cottbus (Foto unten), der letzte vor Atlanta. Große Berichterstattung also? Denkste. Im Vorfeld des Weltcups informierte LR so gut wie nicht, die winzige Nachricht am 22. Juni konnte man mit der Lupe suchen, und auch am 24. Juni war der Bericht der Größe des Ereignisses unangemessen. Das stieß nicht nur beim RSC-Präsidenten auf völliges Unverständnis.



Der Grund liegt nahe. Am gleichen Wochenende fand das von LR und ORB getragene Fest der Lausitz statt. Die Werbung und Berichterstattung darüber natürlich überdimensional, man wollte die Leute offensichtlich vom Radsport weg- und aufs Buga-Gelände hinlocken, wenngleich schließlich nur 20.000 kamen (kein Vergleich zu früheren Pressefesten!). Warum überhaupt dieser Konkurrenztermin? Unfähigkeit oder Ignoranz? So ging Konkurrenz vor Kompetenz - wie üblich!

Herzblatt

Deutsche feierten ihre Fußball - Helden!

So etwa lautete die Überschrift in der Cottbuser Unabhängigen Zeitung. Der Kanzler feierte mit und noch viele andere Helden. Nichts gegen Feiern, nichts gegen Fußball. Bin selbst ein Fan. Aber Helden? Eigentlich sollten wir doch genug vom deutschen Heldenkult haben. Leider steht die Heldenverehrung im Wertesystem der Deutschen (trotz Werteverfall) ganz oben. Das ist auch kein Wunder, denn die deutsche Geschichte war und ist auch eine Geschichte einer Helden-Inflation. Hier wäre ein Sparpaket sehr angebracht!

Hegel z. B. sah im Helden nichts geringeres als den "Geschäftsführer" des Weltgeistes. Solche Geschäftsführer bräuchte Deutschland heute dringend. Nur Spott und Ironie hat Voltaire für Helden übrig. Er kenne in der Weltgeschichte "kein einzigen Helden". Einen Unterschied zum früheren Heldentum in Deutschland gibt es allerdings heute: Man hat den Eindruck, daß man nur noch als Millionär ein Held werden kann. Allein die Spieler der Nationalmannschaft erhielten jeder 250. 000 DM als "Handgeld". Also nichts mit Sparpaket.

Ganz anders die Tschechen. Für sie ist das Wesentliche nicht ihr Fußball, sondern ihre Landschaft. Nur dieses Volk hat ein Landschaftsbild als Nationalhymne. Darin kommt kein Wunschtraum von Größe vor, kein greller Ruf zum Sieg - statt dessen ertönt in diesem Lied das Rauschen der Bäche, der Wälder, der Wiesengräser. Mit der sehnsuchtsvollen Frage "Wo ist meine Heimat?" beginnt es und schließt mit der Antwort, daß meine Heimat das böhmische Land ist.

Dr. Erich Lesciewitz
BO 18 (Energie-Fan)

Cottbuser Nachwende-Schicksale ①

Warum Peter S. nicht arbeiten darf

Der Arbeitsvertrag, der die Einstellung von Peter S. als Arbeiter im Kabelmeßdienst beim Fernmeldeamt Cottbus bestätigte, stammt vom 11. Januar 1990. Der Arbeitgeber war zuvor über Lebenslauf und Tätigkeiten des neuen Belegschaftsmitgliedes informiert worden. Auch eine Belegschaftsversammlung hatte der Einstellung mehrheitlich zugestimmt.

Der gelernte Elektromonteur, heute 49jährig, hat eine DDR-Vergangenheit, logisch. Als junger Bursche war er zum Wachregiment F. Dzierzynski des Ministeriums für Staatssicherheit geworben worden und

Aufgeschrieben in Gerichtssälen

tat von 1966 - 1968 als Wachsoldat Dienst bei der MfS-Bezirksverwaltung Cottbus. Anschließend fragte man ihn, ob er bereit sei, als Mechaniker im Regierungsfernsprechnetz (Betreiber MfS) tätig zu werden. Er sagte zu und wurde so hauptamtlicher MfS-Mitarbeiter. Alle fachlichen Qualifikationen erlangte er übrigens beim Fernmeldeamt Cottbus. 1989 schied er auf eigenen Wunsch aus dem zum Amt für Nationale Sicherheit gewandelten Ministerium aus.

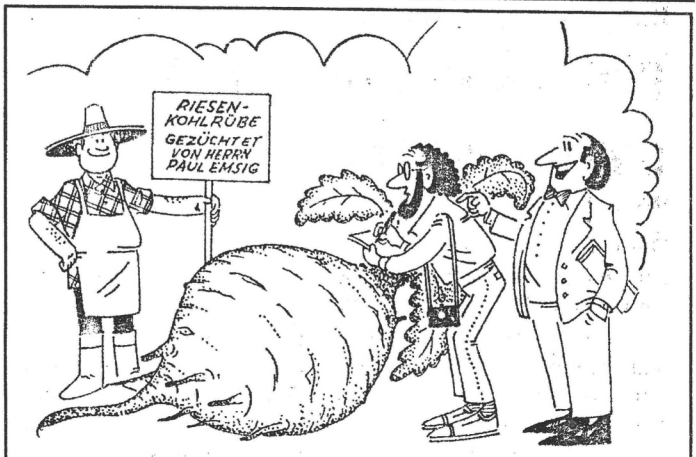
Im Sinne der Volksmeinung "Stasi in die Produktion" wurde S. beim Fernmeldeamt als Arbeiter eingestellt, war dort zunächst als Meßhelfer und später als Bauführer tätig, wurde akzeptiert und als qualifizierte Fachkraft geschätzt - bis ihn 1991 die erste Kündigung erreichte. Seither sieht er sich einem wahren Kesseltreiben ausgesetzt. Nicht nur, daß ihm seitens des inzwischen zur Deutschen Bundespost und schließlich zur Deutschen Telekom AG mutierten Arbeitgebers bereits mehrfach Kündigungen ausgesprochen wurden. Peter S. sieht sich auch Beleidigungen und Diffamierungen ausgesetzt, ohne daß jemals die im Einigungsvertrag geforderte Einzelfallprüfung stattgefunden hätte. Angesichts solcher und anderer Tatsachen stimmten weder der Betriebsrat seiner Arbeitsstätte noch später der Hauptpersonalrat des Unternehmens einer Kündigung zu. Begründung: Es seien weder die Tatbestände des Kündigungsschutzgesetzes in Betracht gezogen noch die Unzumutbarkeit des Arbeitsverhältnisses begründet worden. Pauschal eine Tätigkeit für das MfS als Kündigungsgrund anzugeben, sei unzulässig.

Für den Arbeitgeber wäre es wohl auch sehr schwer geworden, eben jene "Unzumutbarkeit" nachzuweisen. Denn Peter S. hat sich in keinem Falle irgendwelcher Verstöße gegen die Menschlichkeit schuldig gemacht. Seitens der Leipziger Telekom-Direktion wird ihm zwar in diffamierender Weise "Unterstützung des MfS beim Bruch des Fernmeldegeheimnisses" vorgeworfen, doch dieser Vorwurf ist von keiner Sachkenntnis getrübt. Wer wäre wohl naiv genug, zu glauben, daß ein Mechaniker in der DDR, der technische Wartungsarbeiten am Regierungsnetz versieht, Einblicke in geheime Gespräche erhalten hätte? Dieses Netz verband die gesamte staatliche Führungsebene der DDR bis hinunter in die Kreisstädte und andererseits über entsprechende Ausbaustufen die Staaten des RGW. In Cottbus verlief das Kabelsondernetz u.a. zwischen SED-Bezirksleitung, Rat des Bezirkes, Bezirksverwaltung des MfS, Stadthalle und Hotel Lausitz - letztere waren Tagungs- und Aufenthaltsorte der den Bezirk bereisenden ZK- und Regierungsmitglieder. Eine Verletzung der Geheimhaltung wurde seitens des MfS mit hohen Strafen bedroht. Vor allem aber war das Regierungsnetz kein öffentliches Fernsprechnetz, kein normaler Bürger durfte dort Gespräche führen, so daß auch kein privates Fernmeldegeheimnis gebrochen werden konnte. Die Verletzungen, für die das MfS letzten Endes mitverantwortlich war, lagen auf ganz anderer Ebene.

Mit diesen Vorwürfen aber, die ihn nicht treffen, hat Peter S. heute noch zu kämpfen. Er wehrte sich mit verschiedenen Klagen vor Arbeitsgerichten gegen die Kündigungen, bekam letzten Endes immer wieder Recht. Schließlich gibt es ja auch mehrere Beispiele, wo Leute mit ähnlicher Vergangenheit heute bei der Polizei, in Betrieben oder Institutionen, ja selbst als Beamte tätig sind. Tausendfach mehr Vorfälle allerdings zählt man, wo Leute mit DDR-Vergangenheit, obwohl sie niemandem geschadet haben, auf den Müllhaufen geworfen, ins Nichts gestoßen worden sind. Und eben das versucht Telekom auch mit Peter S., man gibt nicht auf dort. Die jüngste Berufungsverhandlung wegen einer erneuten Kündigung fand im Mai vor dem Landesarbeitsgericht in Potsdam statt, ein Ende ist nicht abzusehen. Peters Arbeitsverhältnis besteht noch, doch er darf nicht arbeiten und die Telekom zahlt nicht, vorläufig lebt er vom Arbeitsamt.

Welche Belastungen, seelischer und materieller Natur, das alles auch für seine Familie - seine Frau, die ebenfalls die Arbeit wechseln mußte, seine drei Kinder - mit sich bringt, läßt sich vorstellen. Peter stürzt sich in andere Tätigkeiten, um nicht in Depressionen zu verfallen. Sein Engagement in der AG Polittourismus, sein Organisationstalent, das sich u.a. im Politcamp und in vielen Aktionen für die Neu Schmellwitzer Bürger niederschlägt, ist in der Stadt und weit darüber hinaus bekannt. Wie aber sollen sich Menschen wie er, denen keine Vergehen gegen die Menschlichkeit zur Last gelegt werden können, in dieser neuen BRD-Gesellschaft zu Hause fühlen, wenn sie wegen ihrer Vergangenheit ständig neuen Repressalien ausgesetzt sind?

Kassandra



Der Chefredakteur:
Liefern Sie mir eine Reportage und vergessen Sie dabei nicht das Wichtigste: 1. In der DDR wäre so etwas undenkbar gewesen. 2. Der Mann war Widerständler, hatte mit der Stasi nichts am Hut. 3. Die PDS wird auf hinterhältige Weise versuchen, diesen Erfolg für ihre Politik zu nutzen!

Karikatur: Hänschen

Liebe Leser!
Berichten Sie im Herzblatt, wie Sie Ihr Leben, Ihren Alltag nach der Wende bewältigen!

Das Gebot der Stunde:

Umdenken und umsteuern!

Wirtschaftsstandort kontra Lebensstandort?

Die Cottbuser PDS hatte wieder zu einem Frühschoppen eingeladen. Diesmal "erwischte" die Einladung den Bundestagsabgeordneten Rolf Kutzmutz. Und er kam, am 2. Juni 1996, um mit den Gästen über den Wirtschaftsstandort Deutschland zu sprechen. Aus dieser Veranstaltung im Rahmen der PDS-Kampagne "Sozial und solidarisch" konnten deren Teilnehmer interessante Fakten und Hintergründe mit nach Hause nehmen.

In der PDS-Bundestagsgruppe ist man, im Gegensatz zu früheren Überzeugungen, heute der Ansicht, daß es volkswirtschaftlich nicht real ist, bei Arbeitszeitverkürzungen für alle Beschäftigten vollen Lohnausgleich zu fordern. Ein voller Lohnausgleich sei nur für die unteren Lohngruppen möglich. Zu den Forderungen der PDS gehöre nach den Worten von R. Kutzmutz u.a. die Erarbeitung eines neuen Arbeitszeitgesetzes, die Förderung von Teilzeitmodellen, die Ausdehnung der Sozialversicherungspflicht auf alle Erwerbstätigen (Kanzler, Minister etc.) und der Verzicht auf Prestigeprojekte (Transrapid). In einem ökologischen Wandel, der von oben eingeleitet werden müßte, sieht der PDS-Bundestagsabgeordnete eine Chance zur Schaffung neuer Arbeitsplätze. Die Bundesregierung denkt da ganz anders. Aber es ist ja nun mal das Privileg der Opposition... Die Bundesregierung denkt in ihrem Sparpaket eher an eine Lockerung des Kündigungsschutzes, von der 8 Mio. Menschen betroffen wären. Ferner machte Rolf Kutzmutz auf bemerkenswerte Parallelen in der kapitalistischen (Halb-) Welt aufmerksam: Ob in Japan oder in Deutschland, man will das "Übel" mit demselben Rezept bekämpfen: Einführung von (niedrigen) Mindesteinkommen, private Absicherung vor Risiken sowie für das Alter und der Abbau sozialer Standards. Nun, ein vorbestrafter Ex-Wirtschaftsminister, Graf Lambsdorff, braucht sich da wohl keine Sorgen zu machen. Der sitzt nämlich noch in 13 Aufsichtsräten. Dazu R. Kutzmutz: Er sei als Potsdamer Kommunal- und Bundestagsabgeordneter voll ausgelastet. Auf die VULKAN-Pleite eingehend, erklärte er, daß die Geschäftsführung (alte Länder) insgesamt 842 Mio. DM, die für die Ostwerften bestimmt waren, in die eigene Kasse "umleiteten". Eben ganz so, wie es sich für Lumpen in Nadelstreifen gehört! In der VULKAN-Debatte des Bundestages sprach ein Abgeordneter dann auch von "schwarzen Schafen", worauf ihm R. Kutzmutz entgegnete: "Die Herde ist schwarz". Das ist ohnehin das Grundproblem unserer Zeit! Unternehmen, die Arbeitsplätze schaffen - so R. Kutzmutz, sollten steuerlich begünstigt werden, während Unternehmen, die ihr Geld lieber auf Banken arbeiten lassen, mit steuerlichen Nachteilen zu konfrontieren seien. Was dieses Land mehr denn je braucht, sind ein UMDENKEN und UMSTEUERN! Fest steht ja, daß sich der deutsche Wirtschaftslenker G. Rexrodt gründlich verfahren hat. Zuletzt auf dem afrikanischen Kontinent. Inzwischen hat er Malaria, zu deutsch "böse Luft". Begleitet von Fieber, angewiesen auf künstliche Beatmung und Ernährung usw. Das kommt einem doch irgendwie vertraut vor? Ja - jetzt fällt es mir ein. Aus der Wirtschaft! Na dann gute Besserung.

René Linde

Zitiert

zum Thema Freiheit

Nachdenkenswert

Wieviel Freiheit ist genug?
Wieviel Freiheit ist
für mich genug?
Wieviel Freiheit ist
für andere genug?
Wieviel Freiheit ist
Selbstbetrug?
Wieviel Freiheit ist genug?

Barbara Thalheim auf ihrem Abschiedskonzert, Cottbus 1995

Ein alter Grieche

Nur hier hält man den, der sich nicht um Politik und Gesellschaft kümmert, nicht für einen friedliebenden, sondern für einen unnützen Bürger.
Bei uns bildet sich wenigstens jeder ein Urteil in solchen Fragen.

Perikles, Athen, 430 v.d.Z.

Der Künstler

Die Arbeitslosigkeit geht durch das Land wie ein neues Regime der Furcht, das keine Stasi braucht, um die Menschen einzuschüchtern.

Heiner Müller

(Aus einer Sammlung von Dr. Dietrich Loeff)

Freiheit oder Sozialismus?

Diskussion eines provokant formulierten Themas

Am 25.06.1996 beschäftigte sich die AG Theorie beim Stadtvorstand mit dieser Broschüre von Lothar Bisky (Reihe controvers, Dezember 1995).

Wir waren uns bald einig, daß der Titel eigentlich das Gegenteil meint - es gibt nur ein "Freiheit und Sozialismus". Der Titel soll also offenbar "Einsteiger" anlocken, sich mit dem Thema kontrovers auseinandersetzen. Aber schon an der Frage, wie der Freiheitsgedanke mit dem sozialen Gedanken verbunden werden kann, schieden sich die Geister. Auch kann offenbar der Liberalismus in Verbindung mit der sozialen Frage nicht der einzige politische Weg sein, der unser Interesse verdient. Lothar Biskys kleine Schrift ist daher nur eine Aussage zu einem Thema und beansprucht keine Alleingültigkeit.

Ein weiteres Problem blieb im Raum: wieviel kann uns ein tieferes Ausloten des Marxschen Gedankengutes heute bringen und was können uns andere Gesellschaftsvorstellungen helfen? Sicher nicht nur eine Frage der Bereitschaft, sich Neuem zu stellen, sondern auch ganz einfach eine Frage, wieviel wir alle Lesen und dann auch noch verarbeiten können.

Ich ziehe aus dem anregenden Gespräch den Schluß, daß es sich lohnt, das Heftchen zu lesen, weil es - gerade durch seinen Inhalt - eine weiterführende Debatte anregen kann. Und zugespitzt formuliere ich: "Die Diskussion ist jetzt alles ... das Ziel wird sich in ihr finden!"

Dr. med. Dietrich Loeff

Schmellwitzer BO 34/35: Diskussionsangebot steht weiter

Vorschläge für den Stadtparteitag

Oft genug kamen in den letzten Jahren aus Schmellwitz neue Ideen, die Arbeit unserer Partei im Stadtverband betreffend. Genannt seien nur die Initiativen zur Entstehung des Info-Zentrums oder die mittlerweile traditionelle Maifeier. Aber wir waren nicht zufrieden. Deshalb verfaßten wir auf unserer Mitgliederversammlung im März 1996 die "Schmellwitzer Erklärung", in der wir unsere Sicht auf die Verhältnisse innerhalb des Stadtverbandes darlegten. Wir nahmen an, damit die Grundlage für eine ehrliche Diskussion gelegt zu haben. Doch weit gefehlt! Von seiten des Stadtvorstandes gab es nicht die erwartete Reaktion, vorhandene Spannungen vertieften sich bedauerlicherweise. Die Basis rührte sich gar nicht. Vielleicht hatten wir nicht die richtigen Worte. Unser Diskussionsangebot wurde nicht angenommen, und demzufolge sind wir immer noch nicht zufrieden. Aber wir haben weiter nachgedacht.

Wir sind u.a. der Meinung, daß die bisherige Rolle des Info-Zentrums oder die Arbeit mit der Jugend im Stadtverband noch lange nicht befriedigen können. Aus diesem Grunde fordern wir euch auf, über die folgenden Vorschläge in euren BO intensiv zu diskutieren, damit sie dann als Anträge auf dem nächsten Stadtparteitag (30.11.96) zur Abstimmung stehen können.

1. Vorschlag: Struktur

Die Struktur unserer Basisorganisationen wird verändert. Denkbar wäre eine Gliederung nach Interessengruppen. Wenn jeder Genosse sich auf einem Gebiet der Parteiarbeit spezialisiert, wären mehr Aktivitäten drin. Möglich wäre auch eine Neugliederung der BO nach Altersgruppen. Die Vorstellungen über aktive Parteiarbeit gehen bei älteren und jüngeren Genossen mitunter auseinander. So könnte jede Altersgruppe ihre Formen finden und organisieren. Selbstverständlich besteht in jedem Falle die Notwendigkeit des Austauschs - darüber müßte noch genauer nachgedacht werden. Dem Vorstand würde die Anleitung obliegen.

2. Vorschlag: Jugendquote

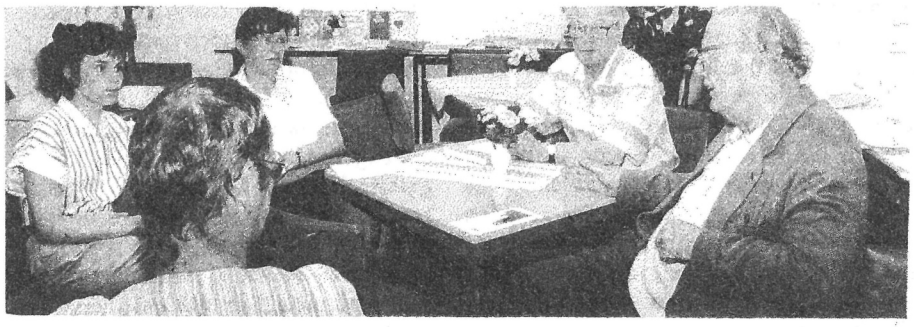
Es wird eine Jugendquote für den Stadtvorstand beschlossen. Die jungen Mitglieder unserer Partei hätten ihre Vertreter im Vorstand sicher und so verbesserte Chancen, ihre Probleme, Meinungen und Ideen einzubringen. Das erscheint in Anbetracht der Altersstruktur der PDS als geradezu zwingend.

3. Vorschlag: Info-Zentrum

Der künftige Stadtvorstand wird zur Umsetzung der Konzeption des Info-Zentrums verpflichtet. Ziel ist die offene, "gläserne" Parteiarbeit.

Das sind unsere Vorstellungen. Es gibt sicher andere. Wir wollen sie hören, lesen oder auch ins Gesicht geschleudert kriegen. Aber wir möchten eine Reaktion - vom Vorstand und von euch, den Basisgruppen.

Claudia Garbsch



"Spätlese" der Abgeordneten mit wenig Publikum.
U.a. informierte Bernhard Schröder (r.) über ein Internationales Jugendtreffen mit 25 jungen Lipezkern in Cottbus und Burg, organisiert von der Brandenburgischen Freundschaftsgesellschaft. Vom 20. - 22. Juli werden Cottbuser Gasteltern gesucht.

Leserbrief:

Meine ganz persönliche Antwort

Im "Report" Nr. 25, dem Mitteilungsblatt der Cottbuser PDS-Fraktion, (Herzblatt-Beilage im Juni), klagte die PDS-Fraktion, daß der als Rechenschaftslegung gedachte Frühschoppen nur "sehr dürftig" besucht wurde und daß weniger Basisgruppen in letzter Zeit Stadtverordnete zu ihren Versammlungen einladen. Mir liegt es völlig fern, mit meiner Kritik pauschal auf alle Abgeordneten zu zielen; ebenso wenig möchte ich Zwietracht sähen. Die PDS soll aber auch keine Partei sein, in der wieder aus Parteidisziplin oder aus Harmonie-Sucht Meinungen zurückgehalten werden. Deshalb fühle ich mich angesprochen, wenn aus der Fraktion verlautet (siehe "Report"), daß Überlegungen angestellt werden, die Arbeit zu verbessern. Schließlich wurden in dem Beitrag "Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Sympathisantinnen und Sympathisanten" angesprochen, dabei mitzuhelfen. Ich war anfangs zu allen "Spätlesen" und fehlte auch bei kaum einem sonntäglichen Frühschoppen. Seit vorigem Jahr ist mein Interesse an der Fraktionsarbeit jedoch nahezu erloschen. Für mich war schon unverständlich, daß unter dem Vorsitz eines PDS-Abgeordneten jener Beschluß des GWC-Aufsichtsrates zustandekam, der willfährig die Firmenabsicht unterstützte, den Mietern ohne Unterschied eine 15prozentige Mieterhöhung aufzubrummen. Den Gipfel erlebte ich jedoch, als sich Hartmut Nitschke dafür auf Drängen der AG Junge Genossen rechtfertigen sollte und darauf verwies, daß er als Abgeordneter lediglich seinem Gewissen verantwortlich sei. Ich habe bis heute weder von Hartmut Nitschke noch von Karin Kühl, die ohne zu widersprechen daneben saß, eine Korrektur vernommen. Da es bei Überlegungen zur Verbesserung der Fraktionsarbeit nicht nur um Zustimmung, sondern auch um Kritik geht, fürchte ich mich, wieder mit der Antwort abgespeist zu werden, daß ein Abgeordneter nur seinem Gewissen verantwortlich ist. Sollte die Fraktionsleitung sich bereits zweieinhalb Jahre vor der nächsten Kommunalwahl darauf besinnen, daß es neben der Verantwortung gegenüber dem eigenen Gewissen auch die gegenüber den Wählern gibt, würde es mich freuen. Aber ein verbaler Ausrutscher war das wohl kaum und so warte ich bis heute auf eine Haltungsänderung. Ich möchte als ständiger Besucher der Stadtverordneten-Tagungen häufiger spüren, daß es allen PDS-Abgeordneten nicht in erster Linie um die Zuneigung der Stadtväter und anderen Abgeordneten geht, sondern um die lebenswichtigen Interessen ihrer Wähler in dieser Stadt, die sie notfalls auch mit gehörigem Biß verteidigen. Das müßte auch mit dem persönlichen Gewissen eines PDS-Abgeordneten identisch sein.

Wolfgang Herr

KUNST und MACHT

Eindrücke von einer Austellung

KUNST und MACHT im Europa der Diktatoren 1930 - 1945 - unter diesem Motto steht die 23. Europaratsausstellung, die vom 11. Juni bis zum 20. August 1996 im Deutschen Historischen Museum in Berlin zu sehen ist. Ich war dort und bin der Meinung: Es ist eine informative, nachdenklich stimmende, aber auch notwendige Ausstellung.

Dabei begegnet der Besucher mehr als 500 Exponaten aus den damaligen europäischen Diktaturen, darunter Gemälden, Plastiken, Architekturentwürfen und Fotografien. Die Ausstellung ist so angelegt, daß der "offiziellen Kunst " in den diktatorischen Regimes Spanien, Italien, Sowjetunion und Deutschland (je 1 Raum), die "inoffizielle Kunst" gegenübergestellt wird. Die Kunst der Diktatoren/Diktaturen erfährt durch diese Gegenüberstellung ihre Entlarvung als das, was sie tatsächlich war: Kulturbarbarei gepaart mit Größenwahn! Letzteres zeigt sich m.E. besonders deutlich in der Architektur.

Der Rundgang beginnt mit einem Ausflug auf die Weltausstellung in Paris des Jahres 1937. Von der Volksfrontregierung Leon Blum`s als "Volksmesse" gedacht, traten auf ihr die Widersprüche und Konflikte der europäischen Mächte zutage, die schließlich in den 2. Weltkrieg münden sollten. Genau gegenüber standen sich die massiven Pavillons Deutschlands und der Sowjetunion. Das demokratische Spanien machte in Paris den Bürgerkrieg zum Thema, wobei es von den bekanntesten Künstlern des Landes u.a. Joan Miro, Pablo Picasso und Alberto Sánchez Pérez unterstützt wurde. Der 2. Ausstellungsraum von KUNST und MACHT ist ganz dem Spanien des Bürgerkrieges und Francos gewidmet. Da sind z.B. auf der einen Seite das erschütternde Gemälde von Horacio Ferrer "Die schwarzen Flugzeuge" (Luftangriff gegen die Zivilbevölkerung) und auf der anderen Seite Aufnahmen vom nationalen Monument der Gefallenen zu sehen, das General Franco von Gefangenen errichten ließ. Als der Diktator 1975 starb, wurde er selbst dort begraben.

Im Italien des Benito Mussolini hatten die Künstler - für eine Diktatur ungewöhnlich - große Freiräume. Es fand eine Vielzahl von Kunstmessen und Architekturwettbewerben statt, wo verschiedene Schulen miteinander konkurrierten. In der Exposition findet sich so ein im Stile des Futurismus gemaltes Porträt: Il Duce, von Gerardo Dottori. Ein solches Bild von Hitler - unvorstellbar! Stilrichtungen der Avantgarde, die in Deutschland und in der UdSSR längst verboten waren, in Italien waren sie es nicht. Dennoch hatte die "Freiheit" auch bei Mussolini ihre Grenzen - Diktatur ist eben Diktatur!

Der nächste Abschnitt der Ausstellung wirft ein Licht auf die Sowjetunion Stalins, dessen allgegenwärtiger Schatten nicht zuletzt auch das Wirken der Kunst- und Kulturschaffenden verdunkelte. 1932 wurden durch die Parteiführung alle bisherigen Künstlergruppen aufgelöst. Sie installierte dafür eine Vereinigung je nach Kunstgenre, wo die Mitgliedschaft obligatorisch war. 1934 erhob die Partei den "sozialistischen Realismus" zur verbindlichen Doktrin. Schließlich sollten auch viele sowjetische Künstler vom Strudel der stalinistischen Repressalien erfaßt werden und darin umkommen. In dieser Kultur-Finsternis erlebten "kultige" Darstellungen des Übervaters Stalin -zwangsläufig- ihre größte Blüte. Zudem mangelte es nicht an "Kunstprodukten", die von Großtaten auf den Baustellen des Sozialismus künden sollten. Erinnert wird ferner an Bauprojekte; Palast der Sowjets, Moskauer Metro.

Im letzten Teil von KUNST und MACHT ist man wieder zu Hause - in Deutschland.

Unter der Federführung von Goebbels entstand im September 1933 die Reichskulturkammer, wo man als Künstler wieder Mitglied sein mußte. Diejenigen, die sich nicht der kulturellen Gleichschaltung ergeben wollten, gingen so wie O. Kokoschka oder M. Beckmann ins Exil. Andere, wie F. Nussbaum, wurden von den Faschisten deportiert und umgebracht. Ernst Barlach wurde kaltgestellt, er starb 1938. Ihr Schaffen denunzierten die Na als "Entartete Kunst". Hitlertreue, wie Arno Breker und Josef Thorak, machten dagegen Karriere. Großes hatte man beim Ausbau der Reichshauptstadt vor. Geplant war z.B. der Bau eines gigantischen Gebäudes, in dem 180.000 Menschen Platz finden sollten.

Nie wieder dürfen Kunst und Kultur zur Hure der Politik oder irgendeiner Ideologie werden. Egal unter welchem Vorzeichen! Diese Erkenntnis scheint aber immer noch nicht Eingang in die Hirne mancher heute Regierenden gefunden zu haben. Denn es wird schon wieder "rumgehurt", was das Zeug hält. Nur ein Beispiel hierfür ist der Umgang der neuen poststalinistischen (post: nach) Herren Diepgen & Co mit dem Palast der Republik, der nun endgültig abgerissen werden soll. Ginge es nach ihrem Willen...

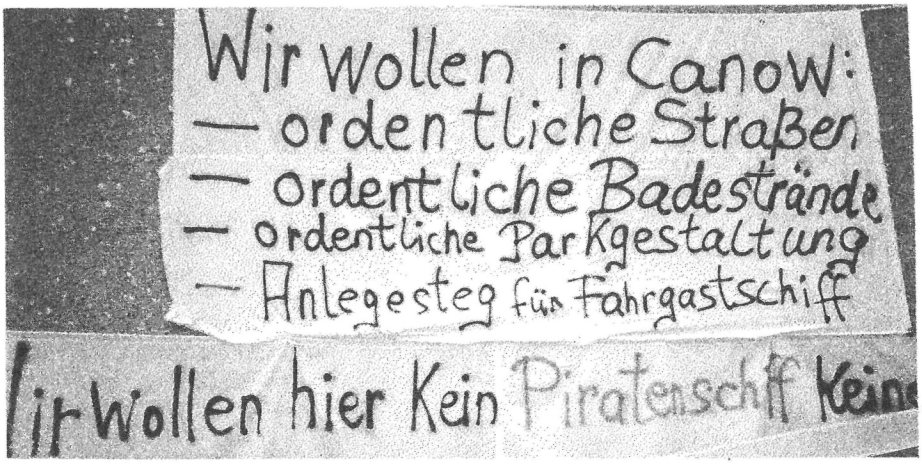
René Lindenau

Gegen Sparkurs bei Kindern

Gegen die Kinder und Jugendliche betreffenden Sparmaßnahmen der Stadt wendet sich die Cottbuser Initiativgruppe Kita`s. Mit Beschluß des Stadtparlaments würden nun auch die letzten 14 Hallenwartstellen an Schulen abgeschafft, und neue Entgelte für Freizeiteinrichtungen des Jugendamtes seien festgelegt worden. Danach zahlen Kinder und Jugendliche für Discos je nach Alter zwischen 1 und 5 DM, für Teilnahme an Arbeitsgemeinschaften bis zu 5 DM, an Bastelarbeiten 1 DM, für Nutzung des Spielmobils 1 DM usw. Die Sachwertausstattung pro Kind in den Kitas wurde im Haushalt 1996 gegenüber 1995 von 11 auf 2 DM zusammengestrichen. Die Initiativgruppe fordert die Abgeordneten auf, diesem Sparkurs ein Ende zu setzen und endlich eine langfristige Konzeption für die Kinder- und Jugendarbeit bis 2010 zu erarbeiten.

In der schönen Urlaubslandschaft Mecklenburg erlebt:

Bürgeraktion gegen Disneyland



Die Mecklenburger Seen sind wie die Brandenburgischen wunderschön. Eine weitgehend ursprüngliche Natur macht den Bewohnern und Urlaubern Freude, Camper und Paddler wie wir sind gern gesehen. Doch am Canower See, nördlich der Rheinsberger Gewässer, plant ein Investor in trauter Gemeinschaft mit dem Wustrower CDU-Bürgermeister sozusagen ein Wasser-Disneyland. Die schönen Schilfufer sollen zubetoniert und in eine künstliche Landschaft (Paludarium) mit Brückchen und Stegen, mit Jachtclub und "Falknerturm", mit Piratenschiff und Wasserfontäne verwandelt werden. Ein Rummel für Reiche. 80% der Einwohner von Canow wollen das nicht, zumal dort für sie kaum Arbeitsplätze in Sicht sind. Eine Bürgerinitiative wehrt sich energisch gegen das Vorhaben, will die Natur weitgehend erhalten sehen, protestiert mit Unterschriftensammlung, Transparenten und Sitzblockade vorm Gemeindeamt in Wustrow, zu dem Canow gehört. Soviel Engagement sei Erfolg gewünscht!

G.K.

Basistreffen mit Tschechen

Als Dankeschön an die tschechischen Genossen organisierte die AG Polittourismus des PDS-Stadtverbandes ein Basistreffen der KSCM des Landkreises Jicin und des Stadtverbandes Cottbus. Recht vielfältig haben sich die Beziehungen auf der Grundlage des 1993 unterzeichneten Freundschaftsvertrages entwickelt. Regelmäßige Kinderferienlager, Jugendkontakte, das jährliche Politcamp für Familien, aber auch sich entwickelnde private Kontakte zwischen Familien aus Jicin und Cottbus gehören dazu. Im September wird es ein Treffen der Senioren beider Kreisverbände geben.

Diesmal sollte es in den Spreewald gehen. Die tschechischen Gäste waren sehr angetan von der schönen Umgebung von Cottbus. Zum 150. Parkjubiläum stand ein Besuch von Schloß und Park Branitz auf der Tagesordnung, natürlich mit der Parkeisenbahn. Nachmittags ging es dann nach Burg in den Spreewald. Mit zwei Kähnen stakten wir durch die Lagunenlandschaft. Kaffee und Kuchen gab es gleich an Bord. Besonderer Dank gilt der Familie Bernhard Schröter, die trotz einsetzenden Regens den abschließenden rustikalen Grillabend vorbereitete. Bei selbstgemachtem Apfelwein, Bratwurst und Rippchen vom Grill gab es viele Gespräche und demgemäß eine späte Heimfahrt.

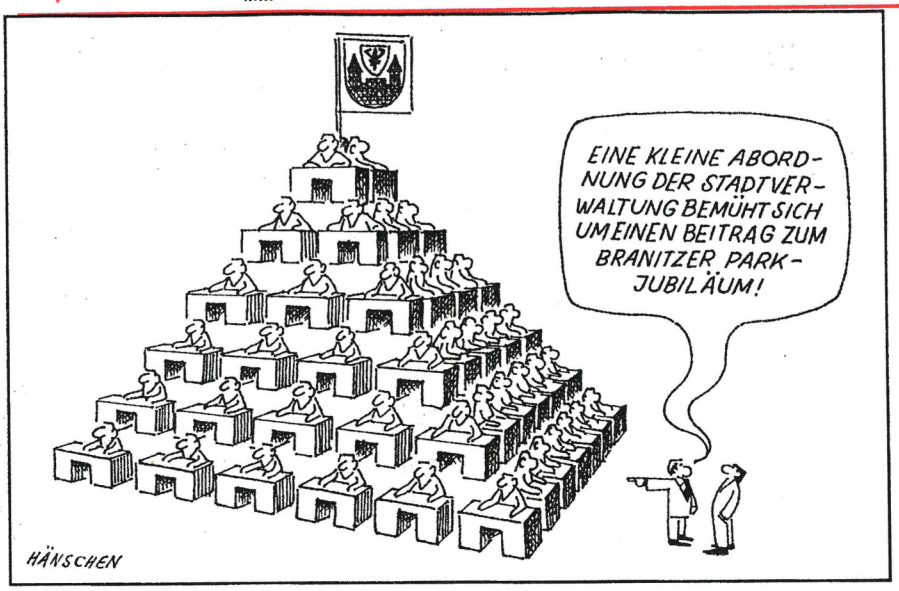
Was aber trotz Einladung fehlte, war die Cottbuser Basis, denn die wenigen Schmellwitzer Genossen und die AG Polittourismus sind ja wirklich nur ein kleiner Teil vom Stadtverband. Es sei die Frage gestattet: Woran liegt das Desinteresse? H.-P. Schömmel

Foto unten: Mit den Gästen im Spreewald (Foto Schömmel)

Pioniere aus Jicin begeistert

Im Frühjahr weilten auf Einladung der AG Junge Genossen und der AG Polittourismus tschechische Pioniere in Cottbus. Alena aus Jicin schrieb dazu:

"Noch einmal möchten wir uns sehr für Eure Aufopferung bedanken, mit der Ihr Euch den Kindern gewidmet habt, und auch für das Programm und die Bewirtung. Die Kinder und die Erwachsenen sind begeistert! Für`s Ferienlager haben wir viele neue Einfälle."



In eigener Sache?

Es geht nicht um Herzblatt-Interna! Eher um einen Vorschlag für die Chefredaktion unserer hiesigen Unabhängigen Zeitung. Seit einiger Zeit gehört auch Peter Ensikat zum Autorenstamm der "LR". Was er als Kabarettist sagt, ist gut anzuhören. Was er schreibt, ist lesenswert. Was er am 28. Juni im "Tagesspiegel" äußerte, hätte auch in die Lausitzer Rundschau gepaßt - unter der Überschrift "In eigener Sache": "Jeder Blick in ostdeutsche Chefetagen beweist, auf den höheren Oststühlen sitzen - so ordinär sagen wir das im Osten - Westärsche."

reh

Renten-Mathematik

Sie ist da, die Rentenerhöhung per 01.07.96. Runde 1,21 Prozent. Sprünge machen kannste nich damit, aber freuen tuste dir doch. Denkste! Die Erhöhung is `ne Erniedrigung, oder wie man dis nennt, für' ne Menge Kumpels. Auch für mein teures Eheweib. Aus 7,59 Emmchen Gute wurden 6,40 Miese. Beede ham mer studiert und gerechnet. Und dann fiel der Groschen. Nirgendwo steht was von Rentenerhöhung, dis is immer 'ne "Anpassung"! Wie bei de Diäten im Bundestag. Nur verkehrtrum. Aber schwindeln tun se och. In de Hinweise steht, daß der Auffüllbetrag von de Anpassung ausgenommen ist. Der is och angepaßt. Nach unten! In de Bilanz ham mer beede zusamm een Gewinn von vier Märker. Die wern wir nächstens sinnlos verprassen. Prost!

G.Ma.

Wir setzen uns für die Ziele der kleinen und mittleren Unternehmen ein

"OWUS"

Offener Wirtschaftsverband von Klein- und Mittelständischen Unternehmern und Freiberuflern und Selbständigen in Berlin und Brandenburg e.V.

Kontakte über PDS - Informationszentrum jeden Donnerstag 16.00 - 19.00 Uhr

Freiheit

Jeder will sie gesehen haben.
Man spricht viel von ihr.
Jeder sagt was anderes über sie.
- Die Freiheit -

Ich habe gehört,
Freiheit ist:
Auszusteigen -
oder ausgestiegen zu werden.
Selbstbestimmung -
wenn es um andere geht.
Zu reisen -
oder abgeschoben zu werden.
Geld zu haben -
und sich sonst nichts zu gönnen.
Anderen in den Arsch zu kriechen -
um hochzukommen.
Die Schnauze zu halten -
damit die Arbeit bleibt.
Der aufrechte Gang -
oder immer umzufallen.
Anders zu denken -
oder zu denken wie sie.

Nun - das soll sie sein.
- Die Freiheit -
So - habe ich gehört.

Was meint Ihr -
sollen wir sie uns nehmen?
Sind wir so frei?

René Lindenau

Ankreuzen und hin !

Termine 20.07. - 15.09.

Stadtvorstandssitzungen
31.07.96; 14.08.96; 28.08.96; 11.09.96 jeweils 17.00 Uhr im Stadtvorstand - Infozentrum

Stadtaktivtagung
zum Auftakt der Parteiwahlen am Donnerstag, 05.09.96, 18.00 Uhr Bonnaskenplatz

Sommerfest der PDS Cottbus
am 23./24. August in Schmellwitz Freifläche Hutung - Str.

Überparteiliche **Protestveranstaltung** "Sozial und solidarisch" im Rahmen des bundesweiten Aktionstages gegen das Bonner Sparpaket.

Politfrühschoppen
am 1. September 10.00 - 12.00 Uhr Tanzschul Fritze mit MdB Prof. Christa Luft zum Thema "Ist der Sozialstaat noch zu retten? Die Alternativen der PDS zum Bonner Sparpaket."

Allen, die zwischen dem 15. Juli und dem 15. September Geburtstag feiern, wünschen wir alles Gute:
Zum 90. Geburtstag Magda Schneider, zum 88. Gertrud Lobner, zum 87. Erwin Grund, Elisabeth Lukowski, zum 86. Erwin Reschofsky, zum 85. Wilhelm Zech, zum 84. Kurt Opitz, zum 83. Maria Becker, Artur Kolo, Reinhard Werner, zum 82. Paul Bartöck, Willi Herold, Kurt Küster, zum 81. Johannes Meyer, Adelheid Ottow, Charlotte Schulze, zum 80. Gerhard Pohl, Rudolf Rutzen, Walter Scherzer, zum 75. Friedrich Bablich, Heinz Bergmann, Martin Kloppe, Walter Neugebauer, Rita Schindel, Annemarie Worm, zum 70. Erika Blum, Erika Freiersleben, Irmgard Klinner, Annemarie Marschall, Werner Rädisch, Gerhard Schmiedel, Marianne Schwarz, Annemarie Teschke, zum 65. Emilie Bansemer, Rolf Dieckmann, Alice Jurtz, Brigitte Neufeld, Günter Pohl, Helmut Polenz, Eberhard Rühe, Willi Schellhaas, Rudolf Schwabe, Alfred Türpe, Helga Wieloch, Horst Wieloch, zum 60. Sieghard Heinrich, Johanna Krause, Ruth Schellhaas, Jutta Schneider, Walter Schulz, Waldemar Schweitzer.

Redaktionsschluß :

Für die nächste Ausgabe 27.08.96

Nächste Ausgabe
- blatt lesen

Herausgeber: Stadtvorstand der PDS Cottbus, V.i.S.d.P.: Siegfried Dilk
Breitscheidstraße 11, Büro des PDS-Stadtvorstandes, 03046 Cottbus